

Antragsteller/Träger:

Ort, Datum:

GSE gGmbH
Gesellschaft für StadtEntwicklung
Geschäftsstelle „Kitausbauprogramm“
Stargarder Str. 8
10437 Berlin

Antragsnummer (*wird von GSE ausgefüllt*)

2023 SN _____

Anträge zur Förderung für das Programmjahr 2023 können nach Maßgabe vorhandener Fördermittel laufend gestellt werden

Der Antrag muss in zweifacher Ausfertigung mit rechtsverbindlicher/n Unterschrift/en eingereicht werden.

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Maßnahmen zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung im Land Berlin - Kitausbauprogramm, Programmjahr 2023, Sanierungsmaßnahmen

- Gemäß Förderrichtlinie Kitausbauprogramm für das Land Berlin in der Fassung vom 01.01.2022 -

Es werden Fördermittel in Höhe von _____ € zur Sanierung von Betreuungsplätzen für Kinder in der nachfolgend genannten Einrichtung für investive Maßnahmen beantragt:

1. Einrichtungsangaben

1.1 Einrichtungsname:

--

1.2 Einrichtungsstandort:

 Bitte *vollständige Anschrift angeben*

Bezirk:

Einrichtungsnummer (ISBJ):

Bezirksregion und Kategorie nach dem Bedarfsatlas / Förderatlas

Nummer der Transparenzdatenbank (Berlin)

(gemäß 9.5 der o.g. Förderrichtlinie, weitere Informationen siehe Merkblatt zur Transparenzdatenbank)

wurde beantragt und wird nachgereicht.

Ein Auszug der Transparenzdatenbank (Berlin) mit den geforderten Angaben wie Anschrift, Sitz, Rechtsform, Gründungsjahr, Satzung, Gemeinnützigkeitsbescheinigung, Entscheidungsträger liegt bei bzw. wird nachgereicht.

1.3 Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VIII

- liegt mit Datum vom _____ für _____ Plätze vor.
- Ansprechpartner/in bei der Einrichtungsaufsicht ist

2. Trägerangaben

2.1 Vollständiger Trägername:

 gemäß Eintrag im Vereins- oder Handelsregister

Trägernummer (ISBJ):

2.2 Trägeranschrift:

2.3 Erreichbarkeit des Trägers:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

2.4 Rechtsform:

- e.V.
- gGmbH
- Eigenbetrieb
- Stiftung des öffentlichen Rechts
- Sonstige

2.5 Gemeinnützigkeitsnachweis:

- Der Nachweis liegt als Anlage zu 2.5 bei.
- Der Nachweis ist am _____ beantragt worden.
- entfällt, weil

2.6 Mitglied im Verband:

2.7 Vorsteuerabzugsberechtigung:

- Nein
- Ja, der Nachweis liegt als Anlage zu 2.7 bei.

2.8 Bankverbindung:

 (Einrichtung eines Bausonderkontos)

Bank:

IBAN (22-stellig):

BIC:

DE

Kontoinhaber:

2.9 Satzung oder Gesellschaftsvertrag:

 *Es muss stets eine Ausfertigung der aktuell geltenden Fassung der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages sowie ein aktueller Vereinsregisterauszug vorliegen.*

a) Satzung oder Gesellschaftsvertrag

liegt als Anlage bei.

b) Der Vereins- oder Handelsregisterauszug

liegt als Anlage bei.

Eine notarielle Anmeldung ist beim Registergericht erfolgt.

Falls a) und b) nicht zutreffen:

gesetzliche Grundlage der rechtsgeschäftlichen Vertretung (Auszug)

Nachweis der Unterschriftsberechtigung

2.10 Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung

befugte Person(en) des Trägers:

Unterschriftenprobe(n):

 *Name, Vorname in Druckbuchstaben*

1.

2.

3.

2.11 Ansprechpartner/in des Trägers für den Antrag und die Umsetzung des Vorhabens:

Name, Vorname:

Funktion:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

2.12 Erklärungen des Trägers

a) Datenspeicherung

 Die Erhebung und Übermittlung von Daten ist auf der Grundlage der Landeshaushaltsordnung (LHO) in Nr. 9.6 der o.g. Förderrichtlinie geregelt.

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag enthaltenen Daten durch die GSE - Geschäftsstelle - elektronisch gespeichert werden und die für die Programmdurchführung erforderlichen Daten an einen Service-Partner übermittelt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass im Falle einer Förderung aus dem Förderprogramm Träger-, Einrichtungs- und Projektdaten an den Rechnungshof des Landes Berlin, die beteiligten Senatsverwaltungen von Berlin sowie parlamentarischen Ausschüssen übermittelt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass vom Zuwendungsgeber die Zuwendung mit folgenden Angaben im Internet (Zuwendungsdatenbank) ggf. veröffentlicht wird:

- Name und Postanschrift des Zuwendungsempfängers,
- Art, Höhe und
- Zweck der Zuwendung.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)

b) Bonitätsprüfung

Ich versichere/Wir versichern die Vollständigkeit der Angaben zur Finanzierung des Vorhabens und zum Finanzierungsplan, insbesondere zur Art und Höhe der zu erwarteten Einnahmen (Nr. 4 Finanzierungsplan).

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, alle im Antrag gemachten Angaben bei Bedarf zu belegen. Ich werde/Wir werden die Geschäfts- und Bewilligungsstelle zudem **unverzüglich schriftlich** unterrichten, wenn sich hinsichtlich von Umständen, zu denen ich/wir Angaben gemacht habe/haben, Änderungen ergeben.

Gleichzeitig erkläre ich/erklären wir, dass keine Vergleichs-, Konkurs-, Sequestrations- (Zwangsverwaltung) bzw. Vollstreckungs- oder Insolvenzverfahren gegen den Träger bevorstehen bzw. beantragt oder eröffnet sind.

 Fortsetzung auf nächster Seite

Mir/Uns ist bekannt, dass aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben unberechtigt erhaltene Finanzmittel unverzüglich zurückzuzahlen und ab Empfang mit 5 von Hundert über dem Basiszinssatz zu verzinsen sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben, die im Antragsverfahren nach Nr. 3.4.1 bis 3.4.3 Ausführungsvorschriften (AV) zu § 44 LHO gemacht werden, als subventionserheblich gelten. Die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 (Strafgesetzbuch) StGB ist mir/uns bekannt.

_____ Datum

_____ Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)

2.13 Antrag zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn

Für die Umsetzung des Vorhabens wird die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt. Begründung:

Uns/Mir ist bekannt, dass rechtliche Verpflichtungen (Auftragsvergabe, Vertragsabschlüsse etc.) für das Projekt erst eingegangen werden dürfen, wenn die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns erteilt wurde. Mir/Uns ist ferner bewusst, dass mit der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns keine Zusage für die Gewährung einer Zuwendung verbunden ist.

_____ Datum

_____ Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)

3. Projektangaben/Vorhaben

3.1 Förderzweck

Mit den Fördermaßnahmen sollen langfristig

 Anzahl bitte eintragen

_____ vorhandene Plätze **sanier**t werden.

3.1.1 Unterteilung in U 3 und Ü 3 - Plätze

 Anzahl bitte eintragen

_____ U 3- Plätze

_____ Ü 3- Plätze

3.2 Platz- und Belegungszahlen bei bestehenden Einrichtungen

 Anzahl bitte eintragen

_____ erlaubte Plätze der Einrichtung nach aktueller Betriebserlaubnis

_____ geplante zu sanierende Plätze der Einrichtung

Vertragliche Belegung der Einrichtung am Stichtag 31.12.2022:

_____ Plätze insgesamt

3.3 Begründung des Förderzwecks durch Beschreibung der Ausgangssituation

 (z.B. Nachfrage, Bedarfe in der Bezirksregion, bauliche Situation der Einrichtung)

Bestätigung des zusätzlichen Bedarfs in der Bezirksregion durch das zuständige Bezirksamt ist als Anlage zu 3.3 beifügt.

**3.4 Inhaltliche Beschreibung des Vorhabens zur Erreichung des Förderzwecks
„Wiederherstellung eines gebrauchstauglichen und zweckbestimmten Zustandes der Kita-Plätze“**

- Ergänzende fachliche Erläuterungen sind als Anlage zu 3.4 beifügt.
- Begründung für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen ggf. Fotodokumentation ist als Anlage zu 3.4 beigefügt.
- Eine Lageskizze der Einrichtung ist als Anlage zu 3.4 beifügt.
- Ein Grundriss der Einrichtung, in dem die Gebäudeteile gekennzeichnet sind, die für das Vorhaben relevant sind, ist als Anlage zu 3.4 beifügt.

Voraussichtlicher Umsetzungszeitraum	Zeitpunkt der Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen
<p><i>☞ ggf. unterteilt in Projektabschnitte unter Berücksichtigung der Maßnahmengattungen unter 3.5 des Antrages</i></p>	

3.5 Maßnahmenbeschreibung/Kosten/Ausgaben

Ergänzende Erläuterungen sind als Anlage zu 3.5 beifügt.

Maßnahmenart	Differenzierte Auflistung aller Maßnahmen	Maßnahmekosten in Euro je Maßnahme (Bruttoangaben)
Wiederherstellung eines gebrauchstauglichen und zweckbestimmten Zustandes durch Sanierungsmaßnahmen (in bestehenden Einrichtungen)		
Gesamtsumme Sanierungsmaßnahmen:		
Kosten pro sanierten Platz:		


4. Maßnahmenkosten und Finanzierungsplan:

4.1 Maßnahmenkosten

 *Unterlagen zur Darstellung und Begründung der Maßnahmenkosten sind als Anlage zu 4.1 beizufügen. Auswahlentscheidungen sind zu erläutern.*

Als Anlage liegt bei

- Preisrecherche nach Katalog, Internet etc. *(Kopien, Ausdrucke)*
- Kostenvoranschläge/Angebote *(Einholung von drei Angeboten je Maßnahme)*
- Kostenschätzung nach DIN 276 oder einfache Kostenkalkulation im Vorfeld

 *Die einschlägigen Vergabevorschriften (Ausführungsvorschriften zu § 55 Landeshaushaltsordnung, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Vergabe- und Vertragswesen (VgV und UVgO) in der jeweils gültigen Fassung) sind zu beachten.*

4.2 Finanzierungsplan (siehe Nr. 1.2 Satz 1 ANBest-P)	
4.2.1 Ausgaben	Betrag in Euro
KG 200 Herrichten und Erschließen <i>(öffentliche Erschließung ohne Grundstückserwerb)</i>	
KG 300 Bauwerk - Baukonstruktion	
KG 400 Bauwerk - Technische Anlagen	
KG 500 Außenanlagen	
KG 700 Baunebenkosten (Dienstleistungen z.B. Architekt, Gutachten) <i>(bis zu 20 % der KG 300 - 600)</i>	
Ausgaben insgesamt	

4.2.2 Einnahmen	Betrag in Euro
Fördermittel SenBJF (90% der förderfähigen Gesamtkosten) <i>(bis zu 10.000 € pro Platz, maximal 500.000 € bei Sanierungsmaßnahmen)</i>	
Eigenmittel in _____ Prozent (10% der förderfähigen Gesamtkosten) <i>mindestens 10 % der Fördersumme gemäß Nr. 7.4 der Förderrichtlinie</i>	
ggf. weitere Eigenmittel zur Sicherstellung der Gesamtkosten des Vorhabens (bspw. Spenden, Eigenbeträge, sonstige Einnahmen)	
Zuwendungen von anderen behördlichen oder nichtbehördlichen Stellen zur Sicherstellung der Gesamtkosten des Vorhabens <i>(Vorlage der Anträge und Bescheide)</i>	
Drittmittel (vgl. 10.5 c der Förderrichtlinie)	
Einnahmen insgesamt	

5. Sicherung der Gesamtfinanzierung

- Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist gesichert. (vgl. Nr. 6.3 letzter Satz der Förderrichtlinie)

6. Gebäudeangaben

Das Gebäude befindet sich

- im Eigentum des Antragstellers.
- im Eigentum des Landes Berlin.
- in Privatbesitz
- Sonstiges:

Wenn sich das Gebäude in Privatbesitz befindet, können nur nutzerbedingte bauliche Maßnahmen gefördert werden. Eine Wertsteigerung von privatem Eigentum durch Fördermittel ist ausgeschlossen.

Der für den Betrieb der Kindertageseinrichtung gilt der bestehende

- Mietvertrag
- Pachtvertrag
- Nutzungsvertrag
- Es besteht für das Gebiet des Projektes ein städtebaulicher Vertrag.
- Es besteht für die Liegenschaft ein Erbbaurechtsvertrag mit Sonderverpflichtung (z.B. 1€ -Kauf)
- Sonstiges:

Die geltenden Verträge / der geltende Vertrag

- liegen / liegt als Anlage zu 6. bei.
- werden / wird bis zum _____ nachgereicht.

Der geltende Vertrag läuft bis zum:

- Die Mindestlaufzeit von 10 Jahren laut Förderrichtlinie Nr. 7.5 ist damit eingehalten.

7. Bauangaben

7.1 Bauplanungsunterlage

- Für das Bauvorhaben liegt eine Kostenschätzung nach DIN 276 als Anlage zu 4.1 bei.
- Eine Kostenschätzung nach DIN 276 wird umgehend nachgereicht.

7.2 Architekt/Ingenieur

Ein Architekt/Ingenieur soll beauftragt werden

- mit der Planung des Bauvorhabens und/oder
- mit der Bauleitung.

7.3 Einbeziehung Eigentümer

Die Einverständniserklärung des Eigentümers zur Umsetzung des Bauvorhabens

- liegt als Anlage bei
- wird eingeholt und nachgereicht bis zum:

7.4 Einbeziehung Einrichtungsaufsicht (Kita-Aufsicht)

Die Einbeziehung der SenBJF - V D 2 - Einrichtungsaufsicht (Kita-Aufsicht)

- ist bereits durch den Träger erfolgt.
- wird bis zum _____ erfolgen.



Bauliche Maßnahmen sind mit der Einrichtungsaufsicht (Kita-Aufsicht) abzustimmen.


8. Weitere Erklärungen des Trägers

8.1 Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Mir/Uns ist bekannt, dass die Verordnung über die Berücksichtigung der aktiven Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Gewährung freiwilliger Leistungen aus Landesmitteln (Leistungsgewährungsverordnung - LGV) ab einer Zuwendungssumme von 25.000 € **und** einer Beschäftigung von mehr als 10 Arbeitnehmer/innen verpflichtend ist.

Die LGV findet Anwendung: ja nein

Die Verpflichtungserklärung gemäß § 3 Abs. 1 der LGV füge/n ich/wir als Anlage bei.

 *Die Verpflichtungserklärung ist vollständig auszufüllen, d.h. es sind in jedem Falle Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu nennen.*

8.2 Gender-Angaben

Aufgrund eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses ist die Bewilligungsstelle gehalten, im Zusammenhang mit der Zuwendungsgewährung, Informationen zur geschlechtergerechten Verteilung (Gender) zu erheben. Sie behält sich daher vor, Angaben zur Teilnehmerstruktur (weiblich/männlich) und zur geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstruktur anzufordern.

Sofern formalisierte Verwendungsnachweise eine entsprechende Datenerhebung nicht vorsehen, sind vom Zuwendungsempfänger entsprechende Angaben in den Sachbericht aufzunehmen.

8.3 Landesmindestlohngesetz

Ich erkläre/Wir erklären, dass

- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung mindestens nach dem Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz) vom 18.12.2013 (GVBl. S. 922) oder einer aufgrund des Landesmindestlohngesetzes erlassenen Rechtsverordnung jeweils aktuell maßgeblichen Mindestlohnes solange und soweit ich/wir vom Land Berlin Zuwendungen erhalte/erhalten, nachkomme/n und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde für alle bei mir/uns im Inland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz - ungeachtet des Umstandes, ob sie konkret in einem geförderten Projekt oder in einer institutionell geförderten Einrichtungen tätig sind oder nicht - insbesondere durch Einblick in die Entgeltabrechnungen unverzüglich ermöglichen und unterstützen werde/werden.
- ich/wir in den Fällen, in denen Leistungen, die zur Erfüllung eines Zuwendungszwecks im Rahmen von Dienst- und Werkverträgen an Dritte vergeben werden, von diesen die schriftliche Verpflichtung verlangen werde/werden, ihren die Leistungen ausführenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz dabei mindestens den Mindestlohn nach Maßgabe des § 9 Landesmindestlohngesetzes zu zahlen, und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde insbesondere durch Vorlage der schriftlichen Verpflichtung unverzüglich ermöglichen und unterstützen werde/werden.

- ich mir/wir uns dessen bewusst bin/sind, dass im Falle eines geltenden höheren bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns oder Branchenmindestlohns der Landesmindestlohn davon verdrängt wird und somit der höhere Mindestlohn des Bundes/der Branchenmindestlohn zu zahlen ist.
- ich mir/wir uns dessen bewusst bin/sind, dass ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen zur ganzen oder teilweisen Rückforderung der gewährten Zuwendungsmittel führen kann.

8.4 Maßnahmenbeginn

*☞ ...Auf der Grundlage der LHO ist in Nr. 10.2 der o.g. Förderrichtlinie festgelegt, dass grundsätzlich nur Maßnahmen gefördert werden, die vor Bewilligung der Förderung noch nicht begonnen worden sind.
Eine Förderung von bereits abgeschlossenen Maßnahmen ist ausgeschlossen.*

Ich erkläre/Wir erklären, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.
Mir/uns ist bekannt, dass ohne Zustimmung der GSE - Geschäftsstelle - zu einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn mit dem Vorhaben nicht begonnen werden darf.

8.5 Erklärung zur Förderung der Vorhaben

Für die o.g. Einrichtung wurden in der Vergangenheit öffentliche Fördermittel aus Förderprogrammen bewilligt und ausgezahlt:

ja nein.

Bei ja:

Folgende Fördermittel wurden in Anspruch genommen:

Fördermittelgeber	Förderprogramm/ Projektnummer/Förderzweck	Fördersumme	Förderjahr	Zweckbindung bis:

Ich versichere/Wir versichern, dass für die **beantragten Maßnahmen** aus keinem anderen öffentlichen Förderprogramm Fördermittel bewilligt worden sind (**Ausschluss der Doppelfinanzierung**).

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, der GSE - Geschäftsstelle - **unverzüglich** mitzuteilen, wenn für einen Teil der hier beantragten Maßnahme(n) aus anderen öffentlichen Förderprogrammen beantragte Fördermittel bewilligt werden. Des Weiteren verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, im Falle einer Mittelreservierung und Förderung aus dem Kitaausbauprogramm parallele Anträge auf Fördermittel für diese Maßnahme aus anderen öffentlichen Förderprogrammen zurückzuziehen. Förderungen anderer Vorhaben und Maßnahmen als dem/den hier beschriebenen bleiben davon unberührt.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur
rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)